

Protokoll der öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung 2/2014

Veranstaltungsort:	Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin Heinrich-Rau-Straße 27-30 / Raum 0.27 16816 Neuruppin
Datum:	24.11.2014
Uhrzeit:	16.00 Uhr – 19.00 Uhr
Anwesenheit:	siehe Anwesenheitsliste
RPS:	Herr Kuschel, Herr Berger-Karin, Herr Jäkel, Herr Bauer, Frau Feliks, Frau Ernst

Der Vorsitzende Herr Reinhardt leitet die Sitzung.
Das Protokoll wird von Frau Feliks erarbeitet.

Zu TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Herr Reinhardt begrüßt die Mitglieder der Regionalversammlung sowie die Gäste und eröffnet die Sitzung.

Zu TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Bekanntmachung, der Beschlussfähigkeit der Regionalversammlung und der Tagesordnung

Ordnungsgemäße Einladung und Herstellung der Öffentlichkeit: Die Einladung wurde am 23. September 2014 an die Regionalräte versendet. Die Bekanntmachung der Regionalversammlung erfolgte im Amtsblatt Brandenburg Nr. 44/2014 vom 29. Oktober 2014. Es gibt keine Anmerkungen aus dem Plenum. Herr Reinhardt stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung und die Herstellung der Öffentlichkeit fest.

Beschlussfähigkeit:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es sind 25 von 32 Regionalräten anwesend.

Tagesordnung der Regionalversammlung:

Herr Reinhardt gibt die folgenden Hinweise zu dem Entwurf der Tagesordnung:

- Hinweis auf die Zurückstellung der Beschlussvorlagen aus TOP 4 und TOP 6. Aufgrund der bevorstehenden Wahlen im Landkreis Oberhavel werden die Beschlüsse zu den Wahlen in den Gremien auf die kommende Regionalversammlung März/2015 verschoben.
- Hinweis zu dem Antrag von Herrn Voigt zur 10-H-Regelung: dieser soll in den TOP 8 aufgenommen und in Form des Beschlusses 12/2014 abgestimmt werden.

Herr Reinhardt stellt die Tagesordnung zur Diskussion.

Herr Ligner beantragt für Frau Riemer als Sprecherin der Bürgerinitiativen das Rederecht nach dem Tagesordnungspunkt 2. Herr Reinhardt stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Frau Riemer erhält kein Rederecht in der Regionalversammlung.

Herr Reinhardt stellt die Tagesordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen (keine Behandlung der Tagesordnungspunkte 4 und 6 sowie Behandlung des Antrags von Herrn Voigt als Beschlussvorlage 12/2014 im Tagesordnungspunkt 8) zur Abstimmung.

Ergebnis: Mehrheitlich angenommen

Gemäß Geschäftsordnung stellt Herr Reinhardt die Frage, ob Ton- und /oder Bildaufnahmen in der Sitzung zulässig sein sollen. Bereits bei einer Gegenstimme wären Ton- und Bildaufnahmen nicht zulässig.

Zu der Frage von Ton- und Bildaufnahmen gibt es Gegenstimmen. Auch ohne eine weitere Abfrage des Abstimmungsverhaltens sind Ton- und Bildaufnahmen damit nicht zulässig.

Zu TOP 3: Protokollkontrolle der Regionalversammlung 1/2014 vom 13.05.2014

Zu dem Protokoll der Regionalversammlung 01/2014 vom 13.05.2014 liegen keine schriftlichen Hinweise vor.

Herr Reinhardt stellt das Protokoll der Regionalversammlung 01/2014 zur Abstimmung.

Ergebnis: mehrheitlich angenommen

Zu TOP 4: entfällt

Zu TOP 5: Mitglieder der Regionalversammlung ohne Stimmrecht (BV 9a-f/2014)

Herr Reinhardt weist darauf hin, dass der Regionalversammlung mehrere Anträge auf eine „Mitwirkung ohne Stimmrecht“ vorliegen und die Regionalversammlung hierüber zu entscheiden hat. Die Anträge werden nach ihrem Eingang bei der Planungsgemeinschaft aufgerufen. Die Regionalversammlung kann jeweils Fragen an die jeweiligen Antragsteller richten bzw. eine kurze Vorstellung und Diskussion vereinbaren.

In der Aussprache werden von einzelnen Regionalräten unterschiedliche Auffassungen zu der Funktion und dem Status der fünf Antragsteller vorgetragen. Mehrmals wird betont, dass eine Vertretung von Verbands- und Eigeninteressen in der Regionalversammlung vermieden werden sollte.

Die einzelnen Anträge werden als Beschlussvorlagen 9a bis 9f aufgerufen. Zu dem Antrag der IHK Potsdam hat die Regionalversammlung keine Fragen.

Beschlussvorschlag 9a/2014

Die Regionalversammlung beschließt die Aufnahme der IHK Potsdam als Mitglied ohne Stimmrecht (beratende Mitgliedschaft). Frau Bettina Kuberka oder Frau Marion Talkowski als Stellvertreterin sollen die IHK Potsdam in der Regionalversammlung vertreten.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zu dem Antrag des DGB Mark Brandenburg hat die Regionalversammlung keine Fragen.

Beschlussvorschlag 9b/2014

Die Regionalversammlung beschließt die Aufnahme des DGB Mark Brandenburg als Mitglied ohne Stimmrecht (beratende Mitgliedschaft). Herr Detlef Baer oder Herr Jörg Podzuweit als Stellvertreter sollen den DGB in der Regionalversammlung vertreten.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zu dem Antrag der Agentur für Arbeit Neuruppin hat die Regionalversammlung keine Fragen.

Beschlussvorschlag 9c/2014

Die Regionalversammlung beschließt die Aufnahme der Agentur für Arbeit Neuruppin als Mitglied ohne Stimmrecht (beratende Mitgliedschaft). Herr Stefan Dirkes oder Herr Ronald Vieweg als Stellvertreter sollen die Agentur für Arbeit Neuruppin in der Regionalversammlung vertreten.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zu dem Antrag der anerkannten Naturschutzverbände hat die Regionalversammlung keine Fragen.

Beschlussvorschlag 9d/2014

Die Regionalversammlung beschließt die Aufnahme der anerkannten Naturschutzverbände als Mitglied ohne Stimmrecht (beratende Mitgliedschaft). Herr Dr. Wilhelm Schäkel soll die anerkannten Naturschutzverbände in der Regionalversammlung vertreten.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zu dem Antrag des Bundesverbandes Windenergie / Regionalverband Berlin Brandenburg hat die Regionalversammlung keine Fragen.

Beschlussvorschlag 9e/2014

Die Regionalversammlung beschließt die Aufnahme des Bundesverbandes Windenergie / Regionalverband Berlin Brandenburg als Mitglied ohne Stimmrecht (beratende Mitgliedschaft). Der Bundesverband wird Vertreter vorschlagen, die in Abstimmung mit der Planungsgemeinschaft in der Regionalversammlung mitwirken.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zu dem weiteren Antrag des Bundesverbandes Windenergie / Regionalverband Berlin Brandenburg hat die Regionalversammlung keine Fragen.

Beschlussvorschlag 9f/2014

Die Regionalversammlung beschließt die Aufnahme des Bundesverbandes Windenergie / Regionalverband Berlin Brandenburg als beratendes Mitglied im Planungsausschuss.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 6: entfällt

Zu TOP 7 : Haushalt

Eröffnungsbilanz

Frau Feliks erläutert die rechtlichen und inhaltlichen Rahmenbedingungen für die Eröffnungsbilanz der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel. Sie weist auf den vorliegenden Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes Landkreis Prignitz hin und erläutert kurz die Bilanzsumme.

Beschlussvorschlag 10/2014

Die Eröffnungsbilanz der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Regionalen Planungsgemeinschaft. Die Regionalversammlung stellt die Eröffnungsbilanz in analoger Anwendung des § 85 Absatz 3 BbgK-Verf mit einer Bilanzsumme von 106.587,71 € fest.

Ergebnis: mehrheitlich angenommen

Haushaltssatzung 2015

Die Haushaltssatzung 2015 (Beschluss 11/2014) wird von Frau Feliks erläutert. Zwar wird der Landeshaushaltsplan erst im Jahr 2015 verabschiedet, dennoch kann für die Regionalplanung mit Zuweisungen in Höhe von ca. 470.000 € gerechnet werden. Für das Regionale Energiemanagement stehen ca. 55.000 € zur Verfügung, die im Wesentlichen durch Fördermittel des Landes Brandenburg bzw. der EU (75 %) und im Übrigen durch Zuschüsse der Mitgliedslandkreise gedeckt werden. Deutlich wurde jedoch auch, dass bei einem Absinken der Landeszuweisungen auf das Niveau von 2013 (369.000 €) die laufenden Kosten nicht mehr gedeckt werden können.

Frau Feliks beendet ihre Ausführungen. Es gibt keine weiteren Fragen.
Herr Reinhardt stellt den Beschlussvorschlag 11/2014 zur Abstimmung.

Beschluss 11/2014:

Die Regionalversammlung beschließt die vorliegende Haushaltssatzung einschließlich der Anlagen für das Jahr 2015. Die Haushaltssatzung ist als Anlage 1 Bestandteil des Beschlusses.

Ergebnis: einstimmig angenommen

TOP 8: Regionalplan „Freiraum und Windenergie“

Herr Reinhardt begrüßt den Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft und Energie, Herrn Fischer, in der Regionalversammlung. Die Regionalräte sind sehr daran interessiert, Informationen zu den energiepolitischen Zielen der neuen Landesregierung zu erfahren.

- Bericht zu der Energiepolitik des Landes Brandenburg

Staatssekretär Fischer (MWE) verdeutlichte in seinem Vortrag, dass im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auch eine intensive Diskussion zu den energiepolitischen Zielen in Brandenburg stattgefunden hat. Die wichtigen Eckpunkte dieser Diskussion sind in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Er weist auf die folgenden Punkte hin:

- Konzentration der energiepolitischen Fragen in dem Ministerium „Wirtschaft und Energie“
- Fortsetzung der Energiepolitik des Landes mit einem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien und der weiteren Braunkohlenutzung als „Brückentechnologie“
- Evaluation der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg
- Integration der Erneuerbaren Energien in die Stromnetze und Förderung und Ausbau der Speichertechnologie
- Bundesinitiativen zu einer Umlegung der Netzausbaukosten auf ganz Deutschland und zu einer einheitlichen Regelung zu den „vermiedenen Netzentgelten“
- Beibehaltung der regionalen Steuerung der Windenergie ohne „pauschale Landesvorgaben“ aus den folgenden Gründen:
 - Sicherstellung von regional angepassten und regionalspezifischen Regelungen zur Windenergie

- Sicherstellung einer regionalen Nähe und eines regionalen Problembewusstseins bei den Entscheidungen zur Windenergie
- Sicherstellung der in allen fünf Planungsgemeinschaften laufenden Verfahren zur Aufstellung von Regionalplänen.

An den Vortrag schlossen sich Fragen und Beiträge einzelner Regionalräte an. In den Beiträgen wurde eine landeseinheitliche Abstandsregelung eingefordert und die hohen Kosten der Energiewende in Brandenburg wurden kritisiert. Staatssekretär Fischer antwortete auf diese Beiträge entsprechend der oben skizzierten Punkte.

- Bericht zu der Umweltprüfung

Nachdem auf der letzten Regionalversammlung im Mai die Beschlussfassung über den Regionalplan "Freiraum und Windenergie" aufgrund des noch nicht vorliegenden Umweltberichts vertagt worden war, konnte Frau Weigelt-Kirchner vom Strausberger Gutachterbüro ÖKO-DATA nun die Ergebnisse der Umweltprüfung vorstellen. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei die Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit, das Landschaftsbild sowie die Avifauna. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass von den beabsichtigten Planfestlegungen keine erheblichen Umweltauswirkungen erwartet werden. Die Kulisse der Windeignungsgebiete ist dabei gegenüber dem Stand von Mai unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Regionalversammlung zur Beibehaltung eines 1.000 m-Abstandes auch zu Einzelwohnplätzen modifiziert worden, sodass nunmehr von 35 potenzielle Windeignungsgebieten ausgegangen werden kann.

In der Aussprache wird kritisiert, dass der Umweltbericht den Regionalräten nicht als Dokument zur Verfügung gestellt wurde. Hierzu wird angemerkt, dass der Umweltbericht ein Bestandteil des Regionalplanes ist und direkt auf die Planinhalte Bezug nimmt. Da zu den eigentlichen Planinhalten aktuell keine abgestimmte Fassung vorliegt, wird der Umweltbericht zusammen mit den anderen Planinhalten dann zur Diskussion gestellt, wenn die Gremien der Planungsgemeinschaft eine entsprechende Empfehlung abgegeben haben.

- Bericht zu dem Planverfahren und Ausblick zu dem weiteren Verfahren

Herr Kuschel gibt einen Überblick über die Grundzüge des bisherigen Aufstellungsverfahrens zu dem Regionalplan „Freiraum und Windenergie“ und stellt die Änderungen vor, die sich mit der Beschlussfassung der Regionalversammlung 1/2014 im Mai ergeben haben. Nach der Regionalversammlung im Mai haben eine ganze Reihe von Informations- und Abstimmungsgesprächen stattgefunden. Insgesamt ergibt sich für die Planungsregion ein sehr komplexes Bild zu den Positionen zur Windenergie. Anhand von zwei Karten wird darauf hingewiesen, dass in der Planungsregion dann sehr umfangreiche Möglichkeiten für die Beantragung von Windanlagen bestehen, wenn der Regionalplan von 2003 seine Steuerungswirkung verlieren sollte. Das weitere Verfahren wird so beschrieben, dass in dem neuen Jahr zunächst die Gremien noch einmal über die Inhalte des Planes diskutieren und anschließend eine Regionalversammlung einberufen wird, die über die Billigung eines Entwurfes zu entscheiden hat.

In der Aussprache wird von Hohen Neuendorf darauf hingewiesen, dass die Darstellung in der Karte „Kommunale Steuerung der Windenergienutzung“ nicht korrekt ist. Hohen Neuendorf hat in dem FNP eine Positivdarstellung für Windenergienutzung. Die Karte wird entsprechend überarbeitet. Des Weiteren wird nachgefragt, ob das Ergebnis der Methoden Anwendung zur Steuerung der Windenergie sein kann, dass keine Flächen für die Windenergie möglich sind. Hierzu wird geantwortet, dass die Gerichte einen kompletten Ausschluss der privilegierten Windenergienutzung in einem Plan als „verbotene Verhinderungsplanung“ bezeichnen und derartige Pläne jeweils für unwirksam erklären würden. Ein Plan zur Steuerung der Windenergie muss dementsprechend eine

„Positivdarstellung“ enthalten und begründen, dass dieses Flächenangebot ausreichend ist (substanzieller Raum für Windenergie).

- Antrag an das Land zu der Änderung der Bauordnung (Abstandsregel „10-H“ für Windanlagen)

Regionalrat Voigt beantragt mit Schreiben vom 3. November 2014 eine Resolution der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Einführung einer gesetzlichen „10H-Regelung“ für Windkraftanlagen durch das Land Brandenburg. Herr Voigt stellt seinen Antrag vor und begründet kurz die Inhalte.

In der Aussprache werden mehrere Fragen und Themen angesprochen. Sowohl die rechtlichen als auch die verfahrenstechnischen Auswirkungen einer möglichen „10-H-Regel“ sind Gegenstand der Diskussion. Es wurde auch der Hinweis gegeben, dass aufgrund der laufenden Repowering-Aktivitäten innerhalb der Eignungsgebiete von 2003 und der geltenden Abstandsbedingungen von 500 Metern, ein Verfahrensfortschritt für den neuen Regionalplan dringend notwendig ist.

Herr Reinhardt stellt die Beschlussvorlage 12/2014 zur Abstimmung:

Ergebnis: mehrheitlich angenommen

TOP 9: Regionales Energiemanagement – Information der Energiemanagerin

Seit Ende Juli ist der Energie-Monitor Prignitz-Oberhavel (energie.prignitz-oberhavel.de) online. Frau Ernst stellt diesen anschaulich vor. Gemeindebezogen werden dort Erzeugungs- und Verbrauchsdaten für Strom, Wärme und Kraftstoffe abgebildet. Mittlerweile wurde eine Aktualisierung der Erzeugungsdaten vorgenommen, sodass die Zeitreihe von 2006 bis 2013 reicht. Darüber hinaus ist es nun möglich, im Bereich Photovoltaik zwischen Freiflächen- und Dachanlagen zu unterscheiden. Auch der Bereich Verwaltung wurde überarbeitet. Neben den Bevölkerungszahlen wurden die Ansprechpartner der Verwaltungen und die Links zu den Internetseiten der Kommunen aktualisiert. Als Ansprechpartner sind jetzt auch die Bau- und Planungsämter der Kommunen enthalten. Neu ist zudem die Übersicht über kommunale Geodaten. Neben den Landkreisen bieten auch zunehmend Ämter und Gemeinden eigene raumbezogene Daten an. In erster Linie handelt es sich dabei um die kommunalen Bauleitpläne, im Weiteren aber auch um einzelne Planungsgrundlagen oder Dienstleistungs- und Versorgungsangebote. Technisch reicht die Spannweite von einfachen Browserdarstellungen bis zu Kartendiensten im engeren Sinn. Der Energie-Monitor gibt einen Überblick über die einzelnen kommunalen Angebote und ermöglicht einen schnellen Zugriff.

Frau Ernst informiert die Regionalversammlung anschließend über die anstehende „Kommunaltour“, in der mit allen Gemeinden und Ämtern die folgenden Themen besprochen werden sollen:

- Stadt-Umland-Wettbewerb des MIL
 - Energie-, Klimaschutz- und Quartierskonzepte
 - Zwischenbilanz zu dem Arbeitsforum „Energie“
 - Hinweise zu dem Projekt „Energieeffizientes Bauen und Sanieren im Einklang mit der regionalen Baukultur“.
-

TOP 10: Zukünftige Themen der Regionalplanung in der 5. Wahlperiode

Herr Kuschel erläutert stichpunktartig mögliche Themen der Regionalplanung für die kommende Wahlperiode, die sich jenseits der Diskussionen zur Windenergie ergeben könnten:

- **Landes-Leitbild:** regionale Beteiligung an dem Leitbildprozess (analog 2006 – 2007) und ggf. Fortentwicklung des regionalen Leitbildes „Zukunft mit Kooperation“ (2007)

- **Funktionsschwerpunkte der Daseinsvorsorge:** Thematisierung der zukünftigen räumlichen Strukturen der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demografischen Wandels (s. Leitbild 2007)
- **Klimaanpassungsstrategien:** Thematisierung der zukünftigen räumlichen Anforderungen des Klimawandels in den Bereichen Wasser, Hochwasser, Kaltluftentstehung, Erosionsschutz.

In der kurzen Aussprache gibt es Hinweise zu einer regionalen Auseinandersetzung mit der bestehenden Nachhaltigkeitsstrategie des Landes sowie zu einer kritischen Status-Quo-Analyse der vielfältigen Konzepte und Pläne in den Bereichen Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrisikomanagement, an denen die Kommunen zur Zeit beteiligt werden.

TOP 11: Information/Sonstiges

Der Regionalvorstand wird zu beraten haben, welches weitere Vorgehen in der Planungsgemeinschaft gewählt werden soll und wann die nächste Regionalversammlung einberufen wird.

Herr Reinhardt schließt die öffentliche Sitzung.

Neuruppin, den 05.01.2015

gez. Ralf Reinhardt
Vorsitzender der Regionalversammlung

gez. Eileen Feliks
Protokollführerin